

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several larger red dots scattered throughout, primarily in the upper and lower right areas.

Die Eurokrise sorgt für den Aufstieg des tschechischen Nationalismus

Die Euro- und die Finanzkrise aus tschechischer Sicht

PETR HOLUB
November 2011

- Die Tschechische Republik ist bisher relativ gut durch die Krise gekommen. Entgegen der Rhetorik der Regierung haben fiskalische Anreize dabei eine wichtige Rolle gespielt
- Die Regierung unter Premierminister Petr Nečas verfolgt eine europaskeptische Rhetorik. Sie hat aus innenpolitischen und ökonomischen Gründen ihre Bemühungen um eine tiefere Integration oder den Eurobeitritt vorläufig verworfen.
- Europäische Solidarität oder eine weitere Koordinierung von Wirtschafts- und Fiskalpolitik werden abgelehnt.
- Die tschechische Opposition vertritt weit integrationsfreundlichere Positionen als die Regierung. In der Bevölkerung insgesamt hat das Ansehen der EU jedoch einen neuen Tiefstand erreicht.



Die Wirtschaftskrise sorgt für den Aufstieg des tschechischen Nationalismus

Finanzkrise und wirtschaftliche Rezession wurden erst nach dem Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 zu den Topthemen der öffentlichen Debatte in Tschechien. Seitdem nehmen allerdings beide Komplexe eine herausgehobene Position in den politischen Diskussionen ein.

Die erste Krisenwelle, die 2009 einen Absturz der Wirtschaft um fünf Prozent zur Folge hatte, löste Ängste vor einem möglichen Staatsbankrott aus. Die Parlamentswahlen im Frühling 2010 gewannen Mitte-Rechts-Parteien (ODS, TOP 09 und VV), denen es gelungen war, die Wähler davon zu überzeugen, dass sie besser sparen könnten als die Linksparteien. Die liberalen Sparreformen des Ministerpräsidenten Petr Nečas (ODS) dominierten seither die öffentliche Debatte. Seit dem Sommer wird das Reformthema jedoch immer mehr durch die neue Topnachricht verdrängt: Die Vorhersage eines erneuten Wirtschaftsabsturzes.

Ein widersprüchlicher Kurs der Regierenden

»Eine Schuldenkrise durch weitere Schulden zu lösen ist genauso effektiv, wie eine Ölfabrik mit Benzin zu löschen«, kommentierte Finanzminister Miroslav Kalousek (TOP 09), ein Befürworter der Sparmaßnahmen, lakonisch. Die Notwendigkeit umfangreicher Sparmaßnahmen wird auch von der Linksoption ohne jede Polemik respektiert. Die von der Mitte-rechts-Regierung verkündete Strategie enthält allerdings einen inneren Widerspruch: Einerseits wird bei der Bevölkerung die Meinung bestärkt, man müsse sich ausschließlich auf den eigenen Nationalstaat verlassen. Blicke die tschechische Krone als eigene Währung erhalten, so lautet die Botschaft, wäre das tschechische Regierungsschiff viel sicherer durch die stürmischen Wasser der Weltwirtschaft zu steuern. Man hätte deutlich schneller wieder festen Boden unter den Füßen als die Passagiere des »verschuldeten« Euro-Bootes. Ministerpräsident Nečas formulierte seine Distanz zur Eurozone wie folgt: »Die monetäre Union wird langsam auch zu einer Transfer- und Schuldenunion«. Andererseits ist Tschechien in hohem Maße vom EU-Außenhandel abhängig. Der Export

von Industrieprodukten nach Deutschland und in andere EU-Länder war 2011 der einzige Wachstumsmotor.

Hier deutet sich ein tiefer Widerspruch an: Die Tschechische Republik distanziert sich immer vehementer von jener Europäischen Union, von deren Finanzkapital und Wirtschaft sie immer abhängiger wird. Eine »autonomistische« Politik wird vor allem vom tschechischen Präsidenten Klaus sowie durch den regierenden ODS-Flügel vertreten. Die Prämisse dieser Akteure ist die Idee, dass sich die Eurozone langfristig auflösen wird, wobei jedoch die enge ökonomische Zusammenarbeit innerhalb des EU-Raumes nach wie vor bestehen bleiben wird. Ein aktives Engagement für die Vertiefung der europäischen Integration zeigen und empfehlen dagegen auch weiterhin sowohl die oppositionelle Sozialdemokratie (ČSSD) als auch die (mit)regierende TOP 09.

Die Finanzkrise: Erster Akt

Auf die ersten Nachrichten über die kommende Finanzkrise reagierte die politische und ökonomische Elite mit der Betonung einer gewissen Sonderstellung der Tschechischen Republik im europäischen Rahmen. Noch nach der Bear Stearns-Pleite im März 2008 konnte sich kaum jemand vorstellen, dass die Prosperitätsperiode und die »fetten Jahre« 2005 bis 2007 mit alljährlichem fünfprozentigen Wirtschaftswachstum endgültig vorbei sein sollten. »Unsere Wirtschaft läuft, es ist alles in Butter. Die Wirtschaftsabschwächung wird nicht lange dauern und setzt sich im Jahre 2009 nicht weiter fort. Ab 2009 können wir wieder mit wirtschaftlicher Erholung, Inflationsenkung sowie Senkung der Arbeitslosenquote rechnen« – mit diesen Worten reagierte der ehemalige Ministerpräsident Mirek Topolánek (ODS) damals auf die alarmierenden Nachrichten aus den USA.

Auch nach dem Kollaps des Bankhauses Lehman Brothers im September 2008 erklärten die Regierungsexperten die Tschechische Republik zu einem Bollwerk gegen die Stürme der Weltwirtschaft: »Die sich weltweit verschärfende Vertrauenskrise führt offensichtlich dazu, dass die Investoren in die risikoarme Tschechische Krone wie in einen sicheren Hafen flüchten, was die Stärkung unserer Währung zur Folge hat« erklärte das Ratsmitglied der Zentralen Tschechischen Nationalbank (ČNB), Vladimír Tomšík in Bezug auf die deutliche Aufwertung der Tsche-

chischen Krone gegenüber dem Euro. Auch der Gouverneur der Tschechischen Zentralbank, Zdeněk Tůma, prognostizierte eine stabile Wirtschaftsentwicklung und ein Wachstum von 3,4 Prozent für das Jahr 2009. Erst im Februar 2009 waren keine Vertuschungen mehr möglich. Sie wären auch sinnlos gewesen, denn der Rückgang der Nachfrage im tschechischen Exportbereich verankerte die Rezession nun definitiv und real auch im »sicheren Hafen« Tschechien. Die Wirtschaft schrumpfte um vier Prozent und der Wechselkurs zum Euro fiel auf den miserablen Wert von 29 Tschechischen Kronen.

Die tschechische Wirtschaft überstand die erste Krisenwelle nicht zuletzt dank zweier fiskalischer Anreize:

- Der auf kontinuierliches Wirtschaftswachstum orientierte Staatshaushalt beinhaltete Rekordinvestitionen für eine großzügige Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie eine 8,5-prozentige Rentenerhöhung;
- Tschechien profitierte gleichzeitig überdurchschnittlich von der 2009 in Deutschland eingeführten Abwrackprämie.

Die enormen öffentlichen Ausgaben für die Wirtschaftserholung haben das Staatshaushaltsdefizit um 200 Milliarden CZK (sechs Prozent des BIP) erhöht. Angesichts dieser Entwicklung machten die Rechtsparteien die Notwendigkeit einer strikten Sparpolitik im Sinne von Haushaltskürzungen zum Hauptthema ihres Wahlkampfes für die Senatswahlen im Frühling 2010. Der damalige stellvertretende Vorsitzende der Partei TOP 09, Miroslav Kalousek, ließ an alle privaten Haushalte »Zahlscheine« mit der Überschrift »Mahnung – Zahlung sofort fällig« verschicken. Der dort genannte Pro-Kopf-Schuldenbetrag ergab sich aus dem simplen Dividieren des Staatsschuldenbetrags durch die Einwohnerzahl. Auf diese Weise berechnete Kalousek eine Summe von 121 000 CSK pro Kopf in jeder Familie. Ein weiteres zentrales Motiv der Wahlkampagne 2010 waren die Unruhen in Griechenland. Aus der Sicht der rechtsorientierten tschechischen Politiker waren diese – aufgrund der permanenten Verschuldung – den griechischen Linksparteien zuzuschreiben. Eine analoge Gefahr existiere, so Kalousek, auch in Tschechien. »Wir gehen mit Sicherheit den griechischen Weg und nun ist es erforderlich, die Weichen zu stellen«, argumentierte er nach der Wahl. Diese hatte der Rechts-Mitte-Koalition beinahe eine 3/5-Parlamentsmehrheit

gesichert. In der neuen Regierung wurde Kalousek schließlich Finanzminister. Die ersten Sparmaßnahmen setzte er im Staatshaushalt 2011 durch. Mit ihnen wurden die Löhne der Staatsangestellten um zehn Prozent herabgesetzt und der Rentenanstieg abgeflacht.

... bevor die zweite Krisenwelle kommt ...

Im Juli 2011 warnte das Statistikamt zum ersten Mal vor einer erneuten Abschwächung des Wirtschaftswachstums. Die statistischen Daten zeigen, dass diese zu erwartende Abschwächung keineswegs als Import von außen zu definieren ist. Vielmehr deuten die für das erste Halbjahr 2011 veröffentlichten Daten auf einen Rückgang in allen von der Inlandsnachfrage abhängigen Wirtschaftsbereichen hin: Bauwesen, Dienstleistungen, Kleinhandel. Auch der Inlandsabsatz der Industrieunternehmen weist einen Rückgang auf. Das zweiprozentige Wirtschaftswachstum wird lediglich durch EU-Zuschüsse und -Finanzhilfen sowie durch den Industrieexport gesichert, der sich im Vergleich zu 2010 um 15 bis 20 Prozent erhöhte. Die Exporterfolge (vor allem nach Deutschland) bergen aber auch ein Risiko: Die tschechischen Lieferungen haben sich in den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt und 2010 lag der prozentuale Anteil tschechischer Exporte am deutschen Import sogar bei vier Prozent. Im Jahre 2011 gewannen aber vor allem Unternehmen aus den BRIC-Staaten und Ländern wie der Türkei, Polen und Rumänien in Deutschland Marktanteile hinzu.

Die Gewerkschaften und die oppositionelle ČSSD ziehen aus diesen Zahlen eine gemeinsame Schlussfolgerung: Die Sparpolitik der Regierung vertieft die Krise und dämpft spürbar das Wachstum. Im August 2011 hatte Ministerpräsident Petr Nečas jedoch ein gutes Argument gegen die Kritik in der Hand, nachdem die Rating-Agentur Standard & Poor's die Bonitätsnote für Tschechien um zwei Stufen, von A auf AA-, angehoben hatte. »Die ausländischen Beobachter nehmen wahr, dass unser Land beim Umschiffen möglicher Klippen der heutigen globalen Wirtschaftskrise gut gesteuert wird«, kommentierte Nečas die Verbesserung. Es folgte eine rege mediale Diskussion über eine TV-Reportage der amerikanischen CNBC-TV, die die Tschechische Republik als »die Schweiz Osteuropas« bezeichnete und Tschechien für sein niedriges Staatsdefizit lobte.



Eine weitere Warnung vor der Wiederkehr der Krise kam Ende Oktober 2011, als die Tschechische Zentralbank (ČNB) eine neue Prognose zum Wirtschaftswachstum im Jahre 2012 veröffentlichte: Sollte die Wirtschaft der Eurozone stagnieren, zöge dies einen Rückgang der tschechischen Wirtschaft um 0,5 Prozent nach sich. »Die tschechische Wirtschaft reagiert auf die Entwicklungstendenzen der gesamten Union, wo das Wachstum auch bei so starken Wirtschaftsmächten wie Deutschland stagniert«, bestätigte Nečas diese Prognose. Somit war das beliebte Motiv, die Wirtschaftskrise sei lediglich als Importprodukt zu betrachten, wieder im Spiel.

Gegen gemeinsame EU-Politik

Die Nečas-Regierung lehnt jedwede Bemühungen, die Wirtschaft bzw. Finanzströme auf nationaler und (dies viel vehementer) auf europäischer Ebene zu regulieren, kategorisch ab. Die Hauptregierungspartei ODS nimmt sich die britischen Konservativen zum Vorbild, indem sie die Einführung des Euros in Tschechien an die Bedingung eines Referendums knüpft. Gemeinsam mit anderen Parteien der Regierungskoalition lehnt sie die Bankensteuer sowie die Steuer auf Finanztransaktionen, für deren Einführung sich die Europäische Union einsetzt, ab. Die tschechischen Banken verfügten über relativ gute Aktiva, so die Argumentation und seien daher nicht von der Finanzkrise bedroht.

Der tschechische Finanzsektor war tatsächlich Anfang der 2000er-Jahre von schlechten Aktiva entlastet worden. Der Staat gab damals eine Billion CZK für die Stabilisierung des Bankensektors aus. Durch die während der Krise 2009 getroffenen Maßnahmen wurde die Leistungsfähigkeit der tschechischen Banken noch einmal verbessert. Die Nationalbank setzte den Basiszinssatz auf 0,75 Prozent herab, wodurch die Banken ihre Gewinne auf dem Vorkrisenniveau halten konnten. Die Differenz zwischen dem Basiszinssatz der Zentralbank und dem Durchschnittszinssatz aus Unternehmenskrediten betrug vor der Krise zwei Prozentpunkte, im Jahre 2011 lag sie bereits bei 3,5 Prozentpunkten.

Die fortdauernde Unterstützung der Banken sowie ihr Schutz vor »dämonischen« EU-Steuern durch die national gesinnten Politiker birgt jedoch ein Paradox: Da alle großen Banken ausländische Inhaber haben, werden die

Gewinne jedes Jahr an die jeweiligen Muttergesellschaften abgeführt. Das Entgegenkommen gegenüber den Banken und den ausländischen Investoren galt vor dem Jahre 2008 als Voraussetzung und Basis für das tschechische Wirtschaftswachstum. Der jährliche Zufluss von ausländischen Investitionen erreichte in dieser Zeit mehr als 200 Milliarden CZK. Ein vergleichbarer Betrag wurde gleichzeitig durch ausländische Banken und Unternehmen in Form von Dividenden und Gewinnanteilen ausgeschüttet. Die traditionelle Bereitschaft, den Banken entgegenzukommen, ist für die Tschechen also längst unrentabel. Während die inländischen Unternehmen seit 2010 weiter ihre auf dem Vorkrisenniveau liegenden Erträge an ihre ausländischen Muttergesellschaften abführen, beträgt der Zufluss von Neuinvestitionen nur noch 100 Milliarden CZK pro Jahr. Sollten die bisherigen Investoren aussteigen, gäbe es keine »alternativen« Investoren mehr.

Die Gründe für den nationalistischen Diskurs

Die Regierung begann schon sehr bald nach der Wahl, Unterstützung und Sympathien bei den Wählern zu verlieren. Die Abstriche bei den Löhnen der Staatsangestellten und bei Sozialleistungen erscheinen in den Augen der Normalbürger und des Mittelstands nicht mehr begründet, da die Bankengewinne wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben. Gleichzeitig bringen die Medien immer öfter Informationen zu überbeurten Staatsaufträgen ans Tageslicht. Die Opposition versucht die allgemein herrschende Unzufriedenheit auszunutzen. Sie argumentiert, die Regierung zeige keinerlei echtes Interesse, durch die Sparmaßnahmen den Haushalt zu sanieren. Vielmehr würden zusätzliche FMittel für neue Aufträge an befreundete Unternehmer und für bereits erteilte Staatsaufträge ausgegeben. »Herr Minister Kalousek hat aufgehört, gegen die Staatsverschuldung zu kämpfen – und zwar genau in dem Moment, als die Wahl vorbei war. Vor den Wahlen haben sie Zahlscheine verschickt, nun haben sie nur das eine Ziel im Auge: Ein Maximum an öffentlichen Mitteln für Staatsaufträge zu verteilen«, erklärte der sozialdemokratische Schattenfinanzminister Jan Mládek hierzu.

Die neuesten Umfragen belegen den negativen Stimmungstrend: Nur 20 Prozent der Befragten vertrauen

gegenwärtig der regierenden Koalition. Laut dem Umfrageinstitut STEM äußern zwei Drittel der Wähler Zweifel an der Kompetenz der tschechischen Regierung, besonders im Hinblick auf die Außenpolitik. Die nationale Karte, auf die die Regierung setzt, funktioniert also nur teilweise. Allerdings ist die Beliebtheit der Europäischen Union in Tschechien in der letzten Zeit auf einen historischen Tiefstand gesunken. Laut STEM würden heute nur 49 Prozent der Tschechen für den EU-Beitritt stimmen, d.h. 15 Prozent weniger als im Jahre 2005. Die Euro-Einführung wünschen sich nur noch 22 Prozent der Befragten. Vor fünf Jahren waren es noch mehr als 50 Prozent.

Let Germany decide and pay

Die öffentliche Diskussion über die Integration der Tschechischen Republik in die EU erinnert an eine typische tschechische Kneipe: Jede Kritik ist möglich und willkommen, der Kritiker selbst verpflichtet sich zu nichts und erlaubt auch den anderen Debattierenden, einen bequemen Abstand zu den Problemen des realen Lebens zu halten. Gleichzeitig ermöglicht eine solche radikale Debatte, verborgene Ängste vor einer Rückkehr der Wirtschaftskrise in Europa zu artikulieren. Lubomír Lízal, Mitglied des Rates der Tschechischen Nationalbank, hat an diesem Szenario keinen Zweifel. Er weist darauf hin, dass über Größe und Wucht dieser Krise vor allem Deutschland entscheiden werde. »Deutschland hat die wirtschaftliche Kraft. Wie sich die Situation lösen wird, hängt besonders davon ab, zu welchem Preis Deutschland bereit sein wird, einen erheblichen Teil der Verantwortung zu übernehmen«, erklärte Lízal vor kurzem. Die Verschuldung der Staaten der Eurozone werde dazu führen, dass in der nächsten Dekade die Krise immer wieder zurückkehren wird. Im Zuge dieser Krise werden seiner Einschätzung nach die Länder an der Peripherie gezwungen sein, die Eurozone zu verlassen. Ähnlich wie die anderen Mitglieder des Nationalbankrates nimmt er aber nicht an, dass Deutschland selbst etwa die Währungsunion verlassen könnte.

Eine ähnliche Position vertritt Staatspräsident Václav Klaus, der eine »verlorene Dekade« in der europäischen Wirtschaftspolitik ausmacht. Aus seiner Sicht muss Westeuropa eine tiefgreifende strukturelle Transformation realisieren, ähnlich den Transformationsprozessen in den osteuropäischen Staaten nach dem Fall der

kommunistischen Regime. Laut Klaus herrscht in der Europäischen Union, ähnlich wie damals in den kommunistischen Staaten, ein »Diktat der Politik über die Ökonomie« – und gerade das müsse sich ändern. Daraus schlussfolgert Klaus, dass Tschechien an einer vertieften Integration nicht teilnehmen wird und dass man in der EU mit der tschechischen Stimme für die Föderalisierung von Europa nicht rechnen kann. Solidarität mit verschuldeten Staaten der Europäischen Union kommt für die jetzige tschechische Regierung nicht infrage.

Genau die gegenteilige Ansicht präsentieren die Ökonomen der oppositionellen sozialdemokratischen ČSSD, die Favorit bei den nächsten Wahlen ist. Der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Jiří Havel etwa hält ein föderales Europa für den einzigen Ausweg aus der Schuldenkrise. »Das bestehende Modell ist zu kompliziert, verletzbar und schwierig zu steuern. Siebenundzwanzig Kapitane drängen sich am Steuerrad«, sagt Havel. Er beschreibt die Bedingungen, unter denen ein föderales Europa operieren könnte: »Es ist wichtig, Regeln zu setzen und diese einzuhalten und gleichzeitig eine Notbremse für Alarmfälle zu haben. Auf der anderen Seite ist es notwendig, schrittweise die Steuern und die sozialen Standards zu harmonisieren. Ansonsten droht eine Zerstörung des Projekts EU durch einen Fiskal-Parasitismus«. ČSSD-Schattenfinanzminister Mládek wiederum stimmt Staatspräsident Klaus darin zu, dass die Schuldenkrise momentan keine vertrauenswürdige Lösung erfährt. Auch er erwartet eine Entscheidung von Deutschland, schlägt aber einen anderen Weg vor: »Die mit am wenigsten Schmerzen verbundene Lösung ist die, die Deutschland mittlerweile ablehnt – die Einbeziehung der Europäischen Zentralbank in den Rettungsfonds, was wiederum bedeutet: Geld drucken und Inflationsrisiko.«

Die Regierungspartei TOP 09 von Außenminister Karel Schwarzenberg nimmt in diesem Konflikt eine neutrale Position ein und übt diplomatische Zurückhaltung. Miroslav Kalousek beschwert sich, dass er als Finanzminister eines Staates, der der Eurozone noch nicht beigetreten ist, keinen Zugang zu Verhandlungen habe, die über das Schicksal der gesamten EU entscheiden. »Es ist wesentlich gegen die Interessen der Tschechischen Republik, dass die Europäische Union zur Union von zwei Geschwindigkeiten wird oder dass wir in die langsamere Spur der Integration geraten«, sagt Kalousek und gibt



indirekt die Empfehlung für einen Beitritt Tschechiens zur Eurozone. Gleichzeitig nutzt er aber die Vorteile, die sich daraus ergeben, dass Tschechien nicht Mitglied der Eurozone ist: Er muss keine Mittel für den Europäischen Rettungsschirm bereitstellen und lehnt solidarische Beiträge für die am meisten verschuldeten Staaten Europas strikt ab.

Ausblick

Die tschechische Regierung hat aus innenpolitischen und ökonomischen Gründen ihre Bemühungen um eine tiefere Integration oder den Euro-Beitritt eingestellt. In den kommenden zwei Jahren wird sich diese Einstellung nicht ändern. Sie kann sich im Gegenteil weiter verfestigen, falls die Krise das Staatsdefizit noch vergrößert.

Damit würde der Eurobeitritt auf unabsehbare Zeit aufgeschoben. Einen Impuls zu tieferer EU-Integration kann erst die Präsidentenwahl Anfang 2013 bringen, falls Klaus durch einen Kandidaten der Sozialdemokratie oder der TOP 09 ersetzt wird. Der Euro-Beitritt wird in jedem Fall noch lange einflussreiche Gegner im tschechischen Nationalbankrat haben, da die meisten Mitglieder von Präsident Klaus ernannt wurden und seine euroskeptischen Meinungen teilen. Eine tschechische Teilnahme am Rettungsfonds und an potenziellen Schritten zur Föderalisierung der EU wird erst nach den nächsten Parlamentswahlen zur realen Alternative, falls die pro-europäischen Parteien mit der ČSSD an der Spitze diese gewinnen – also frühestens im Mai 2014, sollte die jetzige Regierung nicht vorher scheitern.



Über den Autor

Petr Holub ist Wirtschaftsjournalist und Chefreporter der tschechischen Internetzeitung [aktualne.cz](http://aktualne.centrum.cz/) <http://aktualne.centrum.cz/>

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationaler Dialog | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-26935-6 | Fax: ++49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86872-967-2